

## **Beschluss** Kapitel 5: Zusammen leben

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 13.06.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

### 1 **Kapitel 5: Zusammen leben**

2 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, beim Sport, bei  
3 der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen, in religiösen Gemeinden oder am  
Sorgentelefon,  
4 Junge für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige  
5 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in  
Kommunalparlamenten  
6 Verantwortung übernehmen, sich Bürger\*innen in Foren einbringen und das Schicksal  
ihrer Orte  
7 in die Hand nehmen.

8 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland  
und Europa  
9 ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche  
10 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Für Demokratie, Freiheit  
und  
11 Toleranz sind mutige Menschen in der Vergangenheit auf die Straße gegangen:  
12 Bürgerrechtler\*innen, Umweltbewegte, Friedensaktivist\*innen und  
Frauenrechtler\*innen. Und  
13 auch in der Gegenwart kämpfen Menschen für eine vielfältige, offene und tolerante  
14 Gesellschaft. Bündnisgrüne Politik knüpft daran mit einem gesamtdeutschen Blick an,  
der die  
15 Besonderheiten der Regionen anerkennt. Es ist oft anstrengend, teils eine Zumutung,  
wenn  
16 andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden müssen, wenn  
es den  
17 einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem ist es eine  
Stärke:  
18 zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als demokratische  
Gesellschaft  
19 die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt es mit voller  
20 Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken, in  
21 Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere  
Institutionen fit  
22 zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.

23 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn  
Würde  
24 und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft,  
in  
25 unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in  
Anspruch nehmen  
26 können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus

und  
 27 wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht.  
 Wenn  
 28 mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und  
 29 bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und  
 Antisemitismus erleben,  
 30 ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr  
 31 Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären  
 32 Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine  
 33 gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.  
 34 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft  
 lernen,  
 35 Vielfalt als kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtum zu begreifen,  
 36 schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass,  
 Queerfeindlichkeit  
 37 und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden  
 Worten  
 38 Taten werden. Die Angriffe von Demokratiefeind\*innen, insbesondere von rechts,  
 treffen  
 39 unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim Beten,  
 beim  
 40 ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Ihnen muss mit  
 einer  
 41 antirassistischen und antifaschistischen Haltung klar entgegengetreten werden. Unsere  
 42 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft,  
 selbstbewussten  
 43 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger\*innennahen Polizei und einer schnell  
 44 handlungsfähigen, unabhängigen Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen  
 dafür  
 45 zu schaffen.  
 46 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen  
 Bürger\*innen  
 47 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung  
 schneller. Wenn  
 48 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn  
 49 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger.  
 Wir  
 50 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.  
 51 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in  
 einer  
 52 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit  
 zusammenbringt und  
 53 die von ihren Bürger\*innen aktiv und demokratisch mitgestaltet wird. Darum denken  
 wir unsere  
 54 Demokratie konsequent europäisch, wollen diese vertiefen und stärken, lähmende  
 Blockaden  
 55 strukturell überwinden – und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die

56 Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik mit  
57 einer europäischen Verfassung.

58 Die Pandemie hat etliche Defizite bei ihrer Bekämpfung wie unter dem Brennglas  
59 offenbart:  
60 Faxgeräte im Dauerbetrieb, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie  
61 verhindern ein effektives staatliches Handeln. Unser Ziel ist ein moderner, engagierter Staat, der mit  
62 einer effizienten, zugänglichen Verwaltung transparent, offen und in der Lage ist, Krisen  
63 effektiv zu managen, digitale Teilhabe zu sichern und es den Bürger\*innen insgesamt  
64 leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Gewohnte  
65 Traditionen und Prinzipien müssen überdacht werden, denn eine inklusive digitale  
66 Transformation und die Modernisierung von Verfahren sind zentrale Bausteine, um  
67 Demokratie, Teilhabe und Zusammenarbeit zu stärken. Um diese Aufgabe zu stemmen,  
68 ist eine bessere strukturelle Verankerung der Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen  
69 notwendig.  
70 Wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren. Gleichberechtigung, Kooperation  
71 sowie der Zusammenhalt in Vielfalt sind Maßstäbe, um einen bürger\*innennahen Staat zu  
72 verwirklichen.

## 70 **Wir machen den Staat effektiver und bürger\*innennäher**

### 71 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung: bessere Qualität für schnellere Umsetzung**

72 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die  
73 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut,  
74 Schulen,  
75 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit  
76 dauert es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.  
77 Das wollen wir ändern. Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche  
78 Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in  
79 Planungsbehörden  
80 und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von  
81 Genehmigungen  
82 verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf  
83 alle  
84 zentralen Infrastrukturprojekte ausgedehnt. Außerdem führen wir behördeninterne  
85 Fristen ein  
86 und achten bei allen Planungen auf Inklusion. Zudem soll der Bundestag mehr  
87 Verantwortung  
88 bei Infrastrukturprojekten übernehmen, wenn darüber Konfliktlösungen schneller  
89 erreicht  
90 werden können. Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger\*innen vor Ort führt in der  
91 Regel

84 dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können. Ziel ist, alle  
85 Planungs- und Umsetzungszeiten zu halbieren.

### 86 **Digitale Ämter - serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

87 Jeden Tag verrichten gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das  
Land am  
88 Laufen zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden  
89 unkomfortabel und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und  
veraltete und  
90 überkommene Abläufe. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren  
digitalen  
91 Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung  
modernisieren und  
92 unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. Verwaltungsverfahren sollen  
stets  
93 digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit  
Unternehmen.  
94 Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des Staates auch für den  
persönlichen  
95 Kontakt mit den Bürger\*innen geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt  
werden. Die  
96 Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen soll über einen zentralen Zugang erfolgen.  
Der  
97 Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter  
Beachtung des  
98 Datenschutzes möglich sein. Damit die Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst  
99 digitalisiert werden. Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass  
100 die Verwaltung flächendeckend mit der modernsten Technik ausgestattet wird, vom  
Gesundheits-  
101 bis zum Bürger\*innenamt. Digitalisierung wird das Verhältnis von Staat und  
Bürger\*innen auf  
102 eine neue Basis stellen. Wir verfolgen dabei die Vision eines digitalen, antragslosen und  
103 proaktiven Sozialstaats. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte  
Anträge  
104 geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

### 105 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

106 Wer mit einer digitalen Identität ausgestattet ist, kann sich bequem authentifizieren  
und  
107 sicher kommunizieren. Was in skandinavischen Ländern schon lange Praxis ist –  
Behördengänge  
108 einfach mit dem Smartphone erledigen zu können –, wollen wir auch hier erreichen und  
dabei  
109 auch von Anfang an Möglichkeiten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ganzheitlich  
denken.  
110 Wir wollen digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft  
und  
111 Zivilgesellschaft begreifen und durch modulare sowie sichere Komponenten einen  
Mehrwert für

112 alle schaffen. Bestehende Systeme wollen wir zusätzlich öffnen und ermöglichen, dass  
113 öffentliche Stellen auch Identitätsmerkmale bestätigen können. So wollen wir eine  
114 Identitätsinfrastruktur schaffen, die es natürlichen und juristischen Personen erlaubt,  
ihre  
115 digitale Identität mit Hilfe von Smartphones, Onlinediensten oder Ausweisdokumenten  
zu  
116 nutzen. Mit Offenheit und Technologieneutralität wollen wir EU-weit interoperable  
digitale  
117 Identitäten zu einer Basisinfrastruktur unseres digitalen Gemeinwesens machen. Für die  
  
118 Kommunikation mit der öffentlichen Hand wollen wir ein offenes System schaffen, das  
einen  
119 Ende-zu-Ende-verschlüsselten Austausch von Nachrichten ermöglicht. Bürger\*innen  
sollen einen  
120 Anspruch auf die digitale Zustellung von Behördendokumenten erhalten. Dabei  
benötigen  
121 Menschen, die nur analog unterwegs sind, Unterstützung durch Weiterbildung und Hilfe.  
Jede  
122 Person soll mit einer kostenfreien digitalen Identität ausgestattet sein, um sich digital  
123 ausweisen und digital unterschreiben zu können. Ein solches Smartphone-Wallet kann  
in allen  
124 Sektoren verwendet werden. Im Rahmen einer ganzheitlichen E-Government-Strategie  
wollen wir  
125 einen Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der  
Verwaltung,  
126 E-Health- und E-Justice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate  
ermöglichen.  
127 Gleichzeitig wollen wir die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch die  
Wirtschaft  
128 branchenübergreifend dieses Verfahren nutzen kann, etwa für sichere Loginverfahren,  
Finanz-  
129 und Versicherungsdienstleistungen oder durch digitale Vollmachten erlaubte Zugriffe  
auf  
130 öffentliche Register, etwa zur Verifikation von Führerscheinen. Die EU und Deutschland  
131 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch  
132 Souveränität schaffen.

### 133 **Transparenzgesetz für Open Data**

134 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische  
135 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue  
136 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus  
staatlichen  
137 Beständen wichtig. Durch die Vorlage eines Bundestransparenzgesetzes werden wir  
staatliche  
138 Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung  
stellen. So  
139 heben wir den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht  
140 personenbeziehbaren Daten. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem  
zentralen  
141 und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Zur Sicherung  
umfassender,

142 gleichberechtigter Teilhabe und einer souveränen Verwaltung wollen wir, wo immer dies  
143 möglich ist, offene Standards, Schnittstellen und Software nutzen, die entstehende  
144 Software  
144 unter freier Lizenz veröffentlichen und werden sie als Standard in die Vergabe- und  
145 Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

#### 146 **Erneuerung braucht gute Daten**

147 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei der  
148 Verfügbarkeit von  
148 Daten weit hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten  
149 quasi  
149 in Echtzeit vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten,  
150 fehlen bei  
150 uns hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah  
151 Daten der  
151 Forschung, den politischen Entscheidungsträger\*innen und der Zivilgesellschaft zur  
152 Verfügung  
152 stellen. Wir richten ein öffentliches Dateninstitut mit einem gesetzlichen  
153 Forschungsauftrag  
153 ein, um Grundsatzfragen zur besseren Verfügbarmachung oder Anonymisierung von  
154 Daten zu  
154 behandeln und die Vernetzung, Entwicklung von Standards und Lizenzmodellen  
155 voranzutreiben.  
155 Ziel ist es, die Forschung in dem Bereich zu verbreitern, neue Ansätze zu testen, den  
156 Austausch zwischen verschiedenen Projekten zu befördern und beratend bei der  
156 Zusammenführung  
157 von Daten zu unterstützen, damit soll auch Missbrauch verhindert und Schlichtungen  
158 sollen  
158 begleitet werden. Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu gemeinsamen Standards  
159 statt  
159 abgeschotteter Datensilos und zum Beispiel die Möglichkeit, über  
160 Datentreuhandmodelle  
160 einfaches und datenschutzfreundliches Datenteilen zu ermöglichen. Das Statistische  
161 Bundesamt  
161 stärken wir ebenfalls, um die Datenverfügbarkeit für Politik, Öffentlichkeit und die  
162 Forschung zu verbessern und die Daten zeitnäher zur Verfügung zu stellen.

#### 163 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

164 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung  
165 endlich  
165 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die  
166 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die Gebäude  
166 des Bundes,  
167 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch  
168 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus  
168 werden  
169 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Bei Dienstreisen sind Flugreisen auf  
169 ein  
170 Minimum zu begrenzen. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine Beschaffung und  
170 seine

171 Förderkriterien an der Einhaltung von ökologischen, Menschenrechts- und sozialen  
Standards  
172 orientiert. Bei der Ausschreibung und Förderung von öffentlichen Vorhaben wollen wir  
bei der  
173 Wirtschaftlichkeitsberechnung einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis zugrunde legen. So geht die  
Politik  
174 mit gutem Beispiel voran.

### 175 **Der lernende Staat**

176 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welcher großen Herausforderungen  
Regierung  
177 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in  
die Lage  
178 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an  
ihre  
179 jeweiligen Aufgaben anpassen zu können. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher  
180 Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. Innovationseinheiten  
und agile  
181 Projektteams in den Behörden sollen diesen Kulturwandel befördern und zugleich für  
182 Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen. Flexible Arbeitszeiten und eine  
positive  
183 Fehlerkultur stärken die Akzeptanz neuer Verhaltensmuster. Die Behörden sollen eng  
und  
184 transparent mit Wissenschaften, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten,  
sich  
185 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen. Künstler\*innen und andere Kreative  
sollen  
186 als Ideen- und Impulsgeber\*innen in Transformationsprozesse einbezogen werden.  
Mitarbeitende  
187 und Beamt\*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer Expertise und  
188 Kreativität, etwa durch Fortbildungen, gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns  
zudem  
189 für mehr Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

### 190 **Justiz entlasten und digitalisieren**

191 Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu  
kämpfen.  
192 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal,  
durch  
193 außergerichtliche Streitbeilegung, durch die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten  
und  
194 durch eine flächendeckende Ausstattung der Justiz mit der nötigen Technik. Wir wollen  
195 grundsätzlich die Justiz serviceorientierter gestalten und hierzu neue Wege suchen. Die  
196 Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf werden wir durch einen Bund-  
Länder-  
197 Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des Ende 2021 auslaufenden Pakts  
für  
198 den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen. Polizei und  
Staatsanwaltschaft  
199 müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche Programme und  
zureichende

200 Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die elektronische Kommunikation  
 zwischen  
 201 Bürger\*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zugang zum Recht durch schnelle  
 Online-  
 202 Verfahren für einfache Rechtssachen und zu stärkenden konsensualen Verfahren der  
 203 Streitbeilegung. Wir wollen das externe ministerielle Einzelfallweisungsrecht gegenüber  
 der  
 204 Staatsanwaltschaft beschränken und transparent machen und den Ländern  
 ermöglichen, Modelle  
 205 der gerichtlichen Selbstverwaltung zu erproben.

## 206 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

207 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und  
 208 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres  
 209 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst  
 gespart  
 210 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den  
 großen  
 211 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter\*innen unseres  
 Gemeinwesens  
 212 dazu in die Lage versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder  
 stärken  
 213 und ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute  
 214 Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst  
 fit für  
 215 das 21. Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die  
 öffentliche  
 216 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden  
 Verwaltungsausbildung  
 217 machen.

## 218 **Vielfalt in der Verwaltung**

219 Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Das  
 stärkt  
 220 die staatlichen Institutionen und trägt zu Vertrauen und Bürger\*innennähe bei. Eine  
 diverse  
 221 und diskriminierungskritische Verwaltung entsteht aber nicht von selbst, sondern  
 benötigt  
 222 Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der  
 223 Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die Möglichkeit, als gutes Beispiel in  
 224 Sachen Vielfalt voranzugehen und ein Diversity-Mainstreaming in der gesamten  
 Verwaltung  
 225 einzuführen. Dazu gehört beispielsweise, Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern  
 und  
 226 bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der  
 Geschlechter,  
 227 sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische  
 228 Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen durchzuführen  
 und in den  
 229 Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz  
 diskriminierter



230 Gruppen zu verankern sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten. Ganz  
 besonders  
 231 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die  
 232 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich  
 geschlechtergerecht  
 233 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des  
 234 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen einführen. Das  
 Diversity  
 235 Budgeting, also den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt  
 236 besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen.

## 237 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche Rechte**

### 238 **Einheit in Vielfalt**

239 Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in  
 Vielfalt  
 240 setzt voraus, respektiert, anerkannt und gehört zu werden, mitgestalten und teilhaben  
 zu  
 241 können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen, das  
 Gemeinsame  
 242 neben den Unterschieden zu sehen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“  
 zur  
 243 Gestaltung einer rassistuskritischen und chancengerechten  
 Einwanderungsgesellschaft  
 244 gesetzlich verankern. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von  
 245 Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen sind, gehört werden, sie als  
 246 Gleichberechtigte die Möglichkeit zur vollen Teilhabe erhalten, wollen wir einen  
 247 Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich verankertes und  
 248 unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter\*innen aus der (post-)migrantischen  
 249 Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die die unterschiedlichen Dimensionen  
 von  
 250 Vielfalt abbilden. Um Diskriminierung systematisch abzubauen und den  
 gesellschaftlichen  
 251 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die Themen und Zuständigkeiten, die  
 Gleichberechtigung  
 252 und Teilhabe an der offenen und vielfältigen Gesellschaft betreffen, bei einem  
 Ministerium  
 253 bündeln. Dazu werden wir die Aufgaben zur Einwanderungsgesellschaft aus dem  
 Innenministerium  
 254 herauslösen. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Bundespartizipations-  
 und  
 255 Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren.  
 Staatliches  
 256 Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und  
 Gleichberechtigung  
 257 sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit  
 haben,  
 258 an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen  
 gleichberechtigt

259 teilzunehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für  
 260 Drittstaatsangehörige einführen.

## 261 **Konsequent gegen Rassismus**

262 Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft  
 263 nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Der Kampf  
 gegen  
 264 Rassismus und seine unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel anti-Schwarzer und  
 anti-  
 265 asiatischer Rassismus, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit dem Ziel der  
 Stärkung  
 266 der individuellen Rechte aller Menschen. Rassismus und alle Formen von  
 Diskriminierungen  
 267 stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen dar, sondern  
 bedrohen auch  
 268 das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben sowie die Sicherheit in  
 Deutschland. Wir  
 269 wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen, strukturellem und  
 270 institutionellem Rassismus mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der  
 Verfassung  
 271 verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“. Die  
 272 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde  
 aufgewertet  
 273 werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen. Ihre Leitung soll als  
 274 Antidiskriminierungsbeauftragte\*r vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das  
 Allgemeine  
 275 Gleichbehandlungsgesetz wollen wir zu einem echten  
 Bundesantidiskriminierungsgesetz  
 276 weiterentwickeln, das Schutzlücken endlich schließt, Klagen gegen Diskriminierung für  
 277 Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit  
 gegen  
 278 Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Das Netz  
 279 zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und so finanziert  
 280 werden, dass diese planungssicher und kontinuierlich ihrer Aufgabe nachkommen  
 können. In den  
 281 staatlichen Institutionen sollen Anlauf- und Beschwerdestellen geschaffen werden. Das  
 282 Empowerment von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, wollen wir  
 fördern. Die  
 283 Black-Lives-Matter-Proteste haben deutlich gemacht, dass Rassismus gegen Schwarze  
 Menschen  
 284 auch in Deutschland umfassend bekämpft werden muss. Deshalb wollen wir die UN-  
 Dekade für  
 285 Menschen afrikanischer Herkunft vorantreiben. Straftaten gegen Schwarze Menschen  
 sollen in  
 286 Verfassungsschutzberichten explizit ausgewiesen werden. Außerdem setzen wir uns  
 dafür ein,  
 287 dass anti-asiatischer Rassismus im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus benannt  
 wird. Wir  
 288 werden die unabhängige Forschung zu Postkolonialismus, Diskriminierung und  
 Rassismus

289 ausbauen, regelmäßig Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben und  
290 wissenschaftliche Studien in Bezug auf staatliche Institutionen und Wirksamkeit von  
291 Antidiskriminierungsmaßnahmen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und  
292 Postkolonialismus wollen wir in der Lehrer\*innenausbildung und in den Lehrplänen  
verankern.

### 293 **Stärkung und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Deutschland**

294 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt in Deutschland werden wir konsequent fördern und  
sichtbar  
295 machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die sowohl jüdisch-säkulares als  
auch  
296 jüdisch-religiöses Leben, jüdische Kultur und jüdische Bildung stärken. Wir wollen  
297 politische und kulturelle Bildungsangebote für alle Bürger\*innen zugänglich machen,  
um  
298 Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und Erfahrungen mit  
jüdischen  
299 Menschen und Einrichtungen in Deutschland zu vermitteln. Jüdische Menschen in  
Deutschland  
300 müssen sich sicher fühlen können. Ihre Sicherheit und der Schutz jüdischer  
Einrichtungen und  
301 Gemeinden muss umfassend sein. Antisemitische Anschläge in der Gegenwart, allen  
voran der  
302 Anschlag von Halle im Jahr 2019, erinnern uns daran, wie stark weiterhin  
Judenfeindlichkeit  
303 und Judenhass sowie Unwissenheit über die Realität jüdischen Lebens in Deutschland  
304 verbreitet sind. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus,  
antisemitischen  
305 Hassreden – auch im Alltag und egal aus welchen Motiven – mit aller Entschlossenheit  
306 entgegenzutreten. Dafür braucht es bessere Analysekapazitäten und eine  
entschlossene Ahndung  
307 und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative, israelbezogener  
308 Antisemitismus und verschwörungsideologische Erzählungen – auch im Zusammenhang  
mit  
309 Demonstrationen von Pandemieleugner\*innen – müssen an  
310 unterschiedlichsten Orten präventiv adressiert werden, auch und gerade im digitalen  
Raum.  
311 Dafür bedarf es konkreter Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte in Vereinen und  
312 zivilgesellschaftlichen Organisationen, für die wir eine Regelfinanzierung wollen. Die  
313 Prävention von und Auseinandersetzung mit Antisemitismus soll auch abseits des  
314 Geschichtsunterrichts als Leitperspektive in den Lehrplänen verankert werden.  
Fortbildungen,  
315 allen voran der Mitarbeiter\*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie  
der  
316 Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Es braucht Leitlinien für einen effektiven Schutz  
317 jüdischer Einrichtungen, bei deren Entwicklung die jüdischen Gemeinden einbezogen  
werden  
318 müssen. Wir wollen die soziale Absicherung der älteren jüdischen Generation in  
Deutschland  
319 stärken, meist Holocaustüberlebende und ihre Nachkommen, viele aus der ehemaligen  
320 Sowjetunion. Sie müssen bei der Rente mit den eingewanderten

(Spät-)Aussiedler\*innen aus den  
321 Staaten der ehemaligen Sowjetunion gleichgestellt werden.

### 322 **Muslim\*innen schützen und stärken**

323 Muslimisches Leben in seiner ganzen Vielfalt gehört in Deutschland zu unserer  
324 gesellschaftlichen Realität. Gleichzeitig sind Muslim\*innen besonders von struktureller  
325 Diskriminierung sowie von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Die fortdauernden  
Bedrohungen  
326 muslimischer Einrichtungen zeigen, wie dringend nötig Präventionsprogramme sowie  
umfassende  
327 Schutzkonzepte für als muslimisch gelesene Personen und Räume sind. Opfer müssen  
geschützt,  
328 beraten und gestärkt, die Ursachen verstärkt in den Blick genommen werden. Der Staat  
darf  
329 keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt bevorzugen. Die heterogene und  
von  
330 Muslim\*innen als Stärke wahrgenommene Struktur des Islams, die weder eine religiös  
noch  
331 strukturell verankerte Hierarchie kennt, darf ihnen von Seiten des Gesetzgebers  
deshalb  
332 nicht zum Nachteil gereichen. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleichstellung  
  
333 voraus. Wir unterstützen daher Staatsverträge mit islamischen  
Religionsgemeinschaften, die  
334 in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen  
Bewegung  
335 und dessen oder deren jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst  
336 bestimmen. Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden,  
die für  
337 Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ\*-Rechte und Feminismus  
einstehen und  
338 einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionspektrums praktizieren.  
Auch  
339 zeigen wir uns solidarisch mit Kritiker\*innen von fundamentalistisch-politischen Kräften,  
  
340 wenn sie massiv bedroht werden. Für die eigenständige und selbstbewusste  
Religionsausübung  
341 von Muslim\*innen ist eine Imam\*innen-Ausbildung in Deutschland dringend notwendig.  
Dafür  
342 wollen wir islamisch-theologische und praxisorientierte Aus- und  
Weiterbildungsprogramme für  
343 Imam\*innen und islamische Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für  
344 islamische Theologie bundesweit etablieren und unterstützen. Langfristig geht es  
darum, den  
345 Bedarf der muslimischen Gemeinden an religiösem Personal durch in Deutschland  
ausgebildete  
346 Personen zu decken.

### 347 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

348 Immer noch werden Menschen mit Romani-Hintergrund in Europa und Deutschland  
aufgrund eines

349 tiefsitzenden Rassismus diskriminiert, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer  
350 noch werden Angehörige der größten Minderheit in der Europäischen Union beim  
351 Zugang zu  
352 Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-  
353 Roma-  
354 Rahmenstrategie (Post-2020) umsetzen und die ambitionierten Inklusionsziele der EU  
355 erreichen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen  
356 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring  
357 der  
358 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und  
359 Selbstorganisationen übernimmt. Minderheitenrechte wie der Erhalt von Sprache, der  
360 Geschichte und Kulturen von Sinti\*zze und Rom\*nja müssen gewährleistet werden. Wir  
361 wollen  
362 eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informationsstelle zur  
363 Dokumentation und Aufarbeitung rassistischer Vorfälle und zur Unterstützung der  
364 Betroffenen  
365 einrichten sowie die Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission  
366 Antiziganismus prüfen  
367 und umsetzen. Wir werden die Einrichtung eines Studierendenwerks für Sinti\*zze und  
368 Rom\*nja  
369 vorantreiben und setzen uns für ein Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti\*zze  
370 und  
371 Rom\*nja in Deutschland ein. Noch immer werden Rom\*nja aus Deutschland  
372 abgeschoben, selbst  
373 wenn sie seit Jahrzehnten hier leben und in ihren Herkunftsländern Diskriminierung  
374 erleiden.  
375 Deshalb soll die Situation von Rom\*nja in ihren Herkunftsländern in Asylverfahren und  
376 bei  
377 der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärkere Berücksichtigung finden.

### 367 **Für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft**

368 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention  
369 ein, in  
370 der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können.  
371 Stufen,  
372 zu enge Türen oder schwer lesbare Webseiten – in unserem Alltag gibt es viele  
373 unterschiedliche Dinge, die für Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere  
374 Menschen,  
375 Eltern mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein eine Barriere darstellen. Es ist  
376 mühsam,  
377 manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für andere selbstverständlich sind. Wir  
378 wollen  
379 Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, auch  
380 psychischen Erkrankungen, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und  
381 selbstbestimmt, gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten  
382 können.  
383 Das wollen wir mit einem „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen, das private wie  
384 öffentliche  
385 Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender  
386 Barrierefreiheit und den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der

## Barrierefreiheit

380 seiner Gebäude verpflichtet. Kleine Unternehmen werden durch eine  
Überforderungsklausel  
381 geschützt, aber zu angemessenen Vorkehrungen verpflichtet. Durch eine Erhöhung der  
382 Bundesförderung soll der Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöht werden. Um  
383 selbstbestimmte Mobilität und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir  
außerdem  
384 die Städtebauförderung für inklusive Stadtquartiere stärken und die soziale  
385 Wohnraumförderung an Barrierefreiheit binden. Im ÖPNV, den alle Menschen mit  
386 Schwerbehinderung kostenfrei nutzen sollen können, in öffentlichen Einrichtungen,  
387 Ladengeschäften, Gewerbe- und Bürogebäuden soll Barrierefreiheit zum Standard  
werden. Die  
388 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung wollen  
wir weiter  
389 aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

## 390 **Verhältnis Staat und Kirchen weiterentwickeln**

391 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur\*innen der  
Zivilgesellschaft. Sie  
392 verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den  
393 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, Menschen mit  
394 Behinderungen und Kindern sind auch die kirchlichen Träger von großer Bedeutung.  
Ihre  
395 tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seenotrettung und die Integration von  
Geflüchteten  
396 geht, ist ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions-,  
397 Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken und  
398 religiös oder weltanschaulich Verfolgte schützen. Wir wahren das  
Selbstbestimmungsrecht der  
399 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions-  
und  
400 Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets  
zum  
401 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Auch Konfessionsfreie haben einen  
Anspruch  
402 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und auf gleichberechtigte Teilhabe. Die  
403 gewachsene Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir erhalten  
und wo  
404 nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das  
405 kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert  
wird  
406 sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im  
Allgemeinen  
407 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich  
bleibt hiervon  
408 unberührt. Die vielen Gläubigen, die sich für eine notwendige Modernisierung der  
409 christlichen Kirchen einsetzen und auf eine lückenlose Aufklärung der Fälle  
sexualisierter  
410 Gewalt dringen, unterstützen wir. Die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung  
der  
411 Staatsleistungen werden wir umsetzen. Den § 166 des Strafgesetzbuchs

(„Beschimpfung von  
412 Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“) wollen  
wir  
413 streichen sowie uns für eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zur  
Erforschung der  
414 religiösen und  
415 weltanschaulichen Landschaft einsetzen.

## 416 **Wir erneuern das demokratische Fundament**

### 417 **Für eine transparentere Politik**

418 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher Politik  
richtet  
419 Schaden an. Wir wollen das Vertrauen in demokratische Institutionen und  
Mandatsträger\*innen  
420 stärken und das Primat der Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen.  
Wir  
421 sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das Gemeinwohl.  
Deshalb  
422 wollen wir Lobbyismus transparenter und den Einfluss organisierter Interessensgruppen  
und  
423 von Lobbyist\*innen sichtbar machen. Das Lobbyregister wollen wir für  
Bundesregierung,  
424 Bundesministerien und Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen für  
maßgebliche  
425 Akteur\*innen abschaffen. Mit dem legislativen Fußabdruck schaffen wir Klarheit, wer bei  
der  
426 Entstehung von Gesetzen Einfluss nimmt. Interessenskonflikte wollen wir stärker in den  
Blick  
427 nehmen und den Wechsel aus Regierungsämtern in die Wirtschaft während einer  
Karenzzeit von  
428 zwei Jahren prüfen lassen. Für Abgeordnete ist das freie Mandat der Mittelpunkt ihrer  
429 Tätigkeit. In Zukunft werden Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent  
430 veröffentlicht, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen gibt es strikere  
Regeln  
431 und Spenden an Abgeordnete und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete werden verboten.  
Die  
432 Anwendung dieser Maßnahmen soll evaluiert werden. Für Nebenverdienste von  
Abgeordneten  
433 wollen wir zudem eine verpflichtende Angabe der Branche. Unabhängige Kontrolle  
stärkt die  
434 Transparenz und Integrität. Zur wirkungsvollen Bekämpfung von Korruptionsfällen  
braucht es  
435 eine Neufassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und eine  
Überarbeitung der  
436 Beweisanforderungen. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden.  
Deshalb wollen  
437 wir strikere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen  
438 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag von 100.000 Euro je Spender\*in  
gedeckt  
439 werden. Schon ab 5.000 Euro sollen Spenden im Rechenschaftsbericht genannt werden,

ab 25.000

440 Euro soll die Pflicht zur sofortigen Veröffentlichung greifen. Solange es keine gesetzliche  
441 Regelung gibt, wenden wir die über das Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen  
unseres  
442 Spendenkodex an. Für das Parteiensponsoring wollen wir endlich eine gesetzliche  
Regelung und  
443 eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro und eine jährliche Höchstgrenze je  
Sponsor\*in  
444 einführen. Das Parteiengesetz und die unabhängige Kontrolle werden wir stärken, damit  
445 verdeckte Wahlkampffinanzierung besser bekämpft werden kann. Politische Werbung  
und  
446 Kampagnen im Netz müssen transparenter werden – solange es keine verpflichtenden  
447 Regulierungen gibt, gehen wir mit unserer Selbstverpflichtung voran.

#### 448 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

449 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und  
450 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende  
Beratung  
451 und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des  
Bundestages  
452 bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu  
stärken.  
453 Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament deutlich  
454 verkleinert, unter anderem durch die Reduzierung von Wahlkreisen, die außerdem fair  
und  
455 verfassungsgemäß ist, und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Im Rahmen dieser  
Reform  
456 sollten unter anderem die Verlängerung der Legislaturperiode und die  
Amtszeitbegrenzung für  
457 das Amt der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers geprüft werden. Die Sitzungen  
der  
458 Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die  
459 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem  
460 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden. Komplexe Gesetzgebungsverfahren wollen wir  
461 verständlicher machen, indem  
462 Textgegenüberstellungen der Gesetzesänderungen öffentlich gemacht werden.

#### 463 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

464 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative  
Demokratie  
465 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und  
Lebenswege,  
466 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden  
abbauen  
467 damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker\*innen, Menschen mit Behinderung und  
Menschen  
468 mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Macht  
fair  
469 teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und



### Kommunalvertretungen

470 braucht, denn sie stellen 51 Prozent der Wahlberechtigten.  
471 Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag  
für  
472 uns alle und soll sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Dass  
Parität  
473 per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen  
Ausland. Dass  
474 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten  
aus zwei  
475 Bundesländern aufgezeigt. Diese Hürden gilt es abzubauen, um rechtlich gute  
Lösungen zu  
476 finden. Wir setzen uns daher auch im Bund für ein Paritätsgesetz ein und werden  
477 entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische  
Engagement zu  
478 erleichtern, braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und  
die  
479 Gestaltung von Politik erleichtern.

### 480 **Jugendwahlrecht**

481 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger\*innen, vom  
Kindes- bis  
482 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die  
Zukunft  
483 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die  
484 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen  
machen und  
485 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie  
zukunftsicherer. Um  
486 möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung  
schmieden zu  
487 können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden  
  
488 Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16  
wollen  
489 wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

### 490 **Bürger\*innenräte für mehr Beteiligung**

491 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die  
Repräsentanz.  
492 Mit Bürger\*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die  
493 Alltagserfahrung von Bürger\*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Wir  
sorgen in  
494 einem ersten Schritt dafür, dass es eine gesetzliche Grundlage für Bürger\*innenräte  
gibt und  
495 sich das Parlament mit den Ergebnissen beschäftigen muss. In der kommenden  
Wahlperiode  
496 wollen wir weitere Optionen für eine stärkere Institutionalisierung von  
Bürger\*innenräten  
497 prüfen, unter anderem direktdemokratische Verfahren zu einzelnen  
Beratungsergebnissen. Auf  
498 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger\*innenbegehrens beraten

zufällig  
499 ausgewählte Menschen, die in Deutschland leben und mindestens 16 Jahre alt sein  
müssen, in  
500 einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung. Sie erarbeiten  
501 Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung  
und die  
502 parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire Beratung muss  
sichergestellt  
503 werden, unter anderem durch zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Beratung.  
Außerdem  
504 werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-Württemberg schon  
erfolgreich  
505 angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der Gesetzgebung einführen und das  
506 Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am  
507 demokratischen Prozess ausbauen. Wir wollen Beteiligung fördern und politische  
Bildung als  
508 wichtige Querschnittsaufgabe auch auf kommunaler Ebene voranbringen.

509 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige**  
510 **Medienlandschaft**

511 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir  
stehen zu  
512 einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für  
alle,  
513 genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft.  
Damit  
514 der öffentlich-rechtliche Rundfunk stark und zukunftsfest aufgestellt ist, arbeiten wir für  
515 eine funktionsgerechte Finanzierung, die einem definierten Programmauftrag folgt. Weil  
er  
516 von allen finanziert wird, muss er auch alle erreichen. Aus seiner besonderen Stellung  
und  
517 dem Anspruch, die Vielfalt der Lebenswelten, Meinungen und Interessen der  
Bevölkerung  
518 abzubilden, ergibt sich auch sein Reformbedarf. Die Digitalisierung des öffentlich-  
519 rechtlichen Rundfunks muss vorangetrieben und seine bisherigen Angebote müssen  
überprüft  
520 werden. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den Ländern eine Initiative auf den Weg  
bringen und  
521 eine  
522 gesellschaftliche Debatte anstoßen. Wir setzen uns für Rundfunkräte ein, die die Vielfalt  
523 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, durchsetzungsstärker sowie sender- und  
524 staatsferner werden. Die Mediatheken der Öffentlich-Rechtlichen sollen bei  
angemessener  
525 Vergütung der Urheber\*innen dauerhaft zugänglich und europäisch verzahnt werden.  
Lokale  
526 Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte  
Förderung.  
527 Qualitätsjournalismus braucht deutlich bessere Rahmenbedingungen, etwa durch

Verbesserungen  
528 bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen oder die Öffnung der Künstlersozialkasse  
für  
529 Journalist\*innen samt Beitragspflicht für Medienplattformen. Gemeinnütziger  
Journalismus  
530 braucht Rechtssicherheit.

531 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

532 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht  
umgekehrt. Uns  
533 geht es darum, Nutzerrechte und demokratischen Diskurs zu stärken und dabei die  
Balance  
534 zwischen Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen  
Hasskriminalität  
535 im Netz und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wirksamer bekämpfen.  
Dafür  
536 wollen wir einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich schnell  
und  
537 effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambitionierte  
538 Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des Digital Services Act der EU erreichen.  
Wir  
539 treten für einen effektiven Umgang mit Nutzerbeschwerden, eine  
540 Verbesserung der Strafverfolgung und der zivilrechtlichen Durchsetzung ein. Dafür  
brauchen  
541 wir personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese  
müssen,  
542 gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können.  
Plattformbetreiber\*innen  
543 müssen ihrer großen Verantwortung europaweit gerecht werden. Sie dürfen bestehende  
Rechte  
544 nicht aushöhlen, sind für Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die  
545 Grundrechte wahren. Bei Entscheidungen darüber, welche Inhalte auf digitalen  
Plattformen  
546 keinen Platz haben dürfen, könnte der gezielte Einsatz von repräsentativen,  
547 zivilgesellschaftlichen Plattformräten eine Möglichkeit sein. Große Anbieter\*innen sollen

548 sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten für Betroffene von  
Hass und  
549 Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in einem Gesetz für digitalen Gewaltschutz,  
das  
550 die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn kein\*e Täter\*in  
festgestellt  
551 wird. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene  
Fakten. Für  
552 Porno-Plattformen, die  
553 nutzergenerierte Inhalte hosten, müssen besondere Sorgfaltspflichten gelten, um  
Menschen zu  
554 schützen, deren Bildmaterial gegen ihren Willen dort gezeigt wird. Für den Umgang mit  
555 Desinformation, aber auch für die Rechtskontrolle der Anbieter\*innen insgesamt wollen  
wir  
556 die Aufsicht national wie auch europäisch besser strukturieren, unter anderem mit einer

557 gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine Verpflichtung zum Einsatz von  
 Uploadfiltern  
 558 lehnen wir ab.

### 559 **Software für die Allgemeinheit**

560 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt.  
 Freie und  
 561 offene Software bildet dabei die Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale  
 562 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit  
 mit  
 563 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der  
 Vereins- und  
 564 Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine  
 565 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf  
 Offenheit,  
 566 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler\*innen an Unterstützung,  
 diese  
 567 dauerhaft auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich,  
 568 barrierefrei und inklusiv zu gestalten. Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige  
 569 öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante, freie und offene  
 570 Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und  
 571 Verwaltung zur  
 572 Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind. Durchgehende Ende-zu-Ende-  
 573 Verschlüsselungen schützen Grundrechte, schaffen Vertrauen in digitale Anwendungen  
 und  
 574 müssen zum Standard bei allen staatlichen IT-Vorhaben werden.

### 575 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

576 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in  
 577 unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder  
 NGOs  
 578 stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise den  
 Kampf  
 579 gegen Rassismus, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, und leisten ihren Beitrag  
 zur  
 580 Willensbildung. Wir machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut  
 581 abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem  
 582 Demokratiefördergesetz wollen wir ihr Engagement und das demokratiebelebender  
 Initiativen  
 583 und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell  
 absichern.  
 584 Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher regeln. Wir wollen  
 585 sicherstellen, dass sie an den Werten des Grundgesetzes orientiert sind und – auch in  
 ihrem  
 586 Verhältnis zu den Parteien – Transparenz herstellen. Dafür schaffen wir eine  
 eigenständige  
 587 gesetzliche Grundlage.

### 588 **Gemeinnützigkeit reformieren**

589 Alle Bürger\*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft  
590 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen  
591 Stellen  
592 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben,  
593 sorgen  
594 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre  
595 gemeinnützigen  
596 Ziele sollen sie auch durch politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten wie Studien  
597 und  
598 Demonstrationen verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen  
599 Staatswesens, sondern auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar  
600 gemeinnützig sein.  
601 Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der  
602 nationalen  
603 und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der  
604 Durchsetzung des  
605 Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der  
606 Bekämpfung von  
607 Diskriminierung wollen wir anerkennen und stärken. Mit der Einführung einer  
608 Demokratieklauseel stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen  
609 Debatten  
610 beteiligen können. Die Beweislastumkehr in § 51 Absatz 3 Abgabenordnung wollen wir  
611 abschaffen. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem Gemeinnützigkeitsregister und  
612 einfach  
613 handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der  
614 Spendenstruktur.

604  
605 **Engagement und Ehrenamt als Säule der Gesellschaft**  
606 Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die  
607 Aufgabe des  
608 Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken.  
609 Dazu  
610 gehören zunehmend auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen  
611 Vernetzung bei  
612 weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht.  
613 Dafür wollen  
614 wir die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für  
615 Engagierte  
616 ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen. Die Deutsche Stiftung für Engagement  
617 und  
618 Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und  
619 dezentral  
620 Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine  
621 Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und  
622 Kultureinrichtungen oder die  
623 Nutzung von ÖPNV zu vergünstigen. Die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale wollen  
624 wir  
625 sukzessive angleichen.

617 **Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen**

618 Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt und fördern die aktive Teilhabe an  
 619 unserer  
 620 Gesellschaft. Jeder Mensch, der das möchte, soll garantiert einen Freiwilligendienst in  
 621 Deutschland oder Europa machen können. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste (wie  
 622 das  
 623 Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr) und den  
 624 Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze jährlich verdoppeln. Die Freiwilligendienste  
 625 sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom  
 626 Einkommen ihrer  
 627 Eltern engagieren können. Dafür wollen wir die Taschengeldsätze auf ein einheitliches  
 Niveau  
 anheben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollen  
 inklusiver  
 werden, damit jede\*r, egal ob jung oder alt, ob zu Beginn, in einer Orientierungsphase  
 oder  
 nach Beendigung des Berufslebens, einen passenden Freiwilligendienstplatz für sich  
 findet.

## 628 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft**

### 629 **Einbürgerung erleichtern**

630 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und  
 631 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche  
 Staatsbürgerschaft  
 632 erhalten, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in  
 Deutschland hat.  
 633 Die Staatsangehörigkeit darf, auch als Lehre aus dem nationalsozialistischen Unrecht,  
 nicht  
 634 entzogen werden. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft  
 635 geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren  
 Aufenthalt in  
 636 Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, auch für  
 anerkannte  
 637 Geflüchtete gilt ein beschleunigtes und vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. Den  
 638 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit  
 639 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts wollen  
 wir  
 640 zurücknehmen und die Einbürgerungsverfahren entbürokratisieren. Hindernisse bei der  
 641 Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht  
 642 angelastet werden. Für binationale Familien und Paare, egal ob mit oder ohne  
 Trauschein,  
 643 wollen wir die Einreise unbürokratisch und fair gestalten. Um sich in Deutschland ein  
 Leben  
 644 aufzubauen, braucht es langfristige Perspektiven.

### 645 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige** 646 **Einwanderungsgesellschaft**

647 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive  
 648 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich  
 fördert und

649 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen,  
650 das neue  
651 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch für Menschen, die ihre  
652 Talente  
653 und Fähigkeiten nicht durch formale oder anerkannte Bildungsabschlüsse nachweisen  
654 können –,  
655 das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet, das globale und regionale  
656 Notwendigkeiten berücksichtigt . Dafür soll auf Basis des jährlichen  
657 Arbeitskräftebedarfs  
658 eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die  
659 Bildungsmigration  
660 über Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine  
661 unbefristete  
662 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen  
663 Berufsqualifikationen.  
664 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach  
665 einem  
666 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren  
667 Aufenthaltstitel  
668 in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren  
669 Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten  
670 Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die  
671 Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

663 **Integration gelingt nur mittendrin - Sprache, Zugang, Teilhabe von**  
664 **Anfang an**

665 Ankommen ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft ein wechselseitiger  
666 Prozess mit  
667 dem Ziel, gleiche Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens zu  
668 schaffen. Er  
669 stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon  
670 länger  
671 hier leben, und gelingt nur, wenn alle zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg  
672 einschlagen.  
673 Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes die Grundlage. Der Zugang  
674 zu und die  
675 Teilnahme an Sprachkursen ist essentiell, deshalb treten wir dafür ein, dass alle neu  
676 ankommenden Migrant\*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen  
677 kostenfreien  
678 Zugang zu passgenauen, gut erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und  
679 Integrationskursen haben. Besonders wollen wir die Zugänglichkeit der Kurse für Frauen  
680 sicherstellen und auch Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten aufbauen. Denn  
681 derzeit  
682 ist das für viele Personen, etwa Familiennachzügler oder EU-Bürger\*innen, nur schwer  
683 und  
684 kostenpflichtig möglich. Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an  
685 weiterführenden Sprachkursen aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende  
686 Integration sind eine dezentrale Unterbringung und ein selbstbestimmtes Leben in  
687 eigenen

679 Wohnungen, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der  
unterschiedslose  
680 Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen,  
681 Ausbildung und Arbeit, also die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben.  
So  
682 stärkt gezielte Unterstützung den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen  
auf  
683 europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um EU-weit das  
Ankommen in  
684 den Kommunen direkt zu unterstützen. Damit sollen unter anderem  
Migrationsberatungsstellen  
685 gestärkt und aufgebaut, Dolmetschleistungen im Gemeinwesen finanziert,  
686 zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen  
der  
687 Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU  
gesichert  
688 werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung  
geben,  
689 brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung. Für anerkannte Flüchtlinge  
wollen wir  
690 die Hürden für die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union absenken.

#### 691 **Asylverfahren fair und transparent**

692 Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent  
gestaltet  
693 sind und eine Entscheidung in angemessener Zeit erfolgt. Dafür muss die  
Identifizierung  
694 besonderer Schutzbedarfe vor der Anhörung erfolgen. Insbesondere die  
Berücksichtigung  
695 erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung und die dazugehörige Beratung im  
Asylverfahren  
696 sind zu gewährleisten. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung  
über den  
697 Aufenthaltstitel kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben. Dazu  
gehören eine  
698 ausreichende personelle Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge  
(BAMF)  
699 sowie ein funktionierendes Qualitätsmanagement. Eine nichtstaatliche unabhängige  
700 Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis zum Abschluss des  
701 Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die auf mögliche 18 Monate verlängerte  
702 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen rückgängig machen  
auf maximal  
703 drei  
704 Monate. AnKER-Zentren in ihrer jetzigen Form lehnen wir ab. Danach sollte das  
dezentrale  
705 Wohnen immer Vorrang haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der  
706 Bleibeperspektive, auf Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten  
garantieren.  
707 Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen Widerrufsprüfungen durch das  
BAMF und  
708 optimieren das Asylprozessrecht. Anträgen auf Familienzusammenführung im Rahmen



der Dublin-

709 Verordnung ist schnell zuzustimmen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz  
abschaffen –  
710 und damit eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von  
711 Geflüchteten, die ein echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche  
712 gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage sowie  
713 Leistungskürzungen wollen wir abschaffen. Die in den vergangenen Jahren  
vorgenommenen  
714 Aushöhlungen des Aufenthalts- und Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Wir wollen  
715 insbesondere den Schutz von Geflüchteten, die Menschenrechtsverletzungen erlebt  
haben oder  
716 schwer erkrankt sind, garantieren. Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder  
Drittstaaten  
717 lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene. Flughafenverfahren sowie sofortige  
718 Zurückweisung an den deutschen Binnengrenzen wollen wir abschaffen. Ein  
pandemiebedingter  
719 Verlust von Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplätzen darf nicht zu  
aufenthaltsrechtlichen  
720 Nachteilen führen.

### 721 **Raus aus der Duldung**

722 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele  
Jahre  
723 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil  
sie nur  
724 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche  
725 Zusammenleben gut. Rechtliche Unsicherheit und fehlende Teilhabechancen  
erschweren es  
726 massiv, anzukommen und in Deutschland ein Zuhause zu finden. Wir wollen die Anzahl  
der  
727 Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf  
null  
728 reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres  
729 Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern  
sollen nach  
730 drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. In Fällen, in denen Menschen trotz  
731 nachgewiesener ernsthafter Bemühungen keinen Nationalpass erhalten können, wollen  
wir einen  
732 Passersatzausweis ausstellen, wenn die Betroffenen in Deutschland geboren sind und  
ihre  
733 Identität geklärt ist. Durch die Umwandlung der Ausbildungs- und  
Beschäftigungsduldung in  
734 Aufenthaltsrechte verschaffen wir den Menschen einen verlässlichen Zugang zu  
Ausbildung und  
735 Arbeitsmarkt und sorgen für Planungssicherheit in den Betrieben. Opfer von  
Menschenhandel  
736 sollen ein sicheres Bleiberecht bekommen. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der  
asyl-  
737 und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller  
738 Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine  
739 Abschiebehindernisse entgegenstehen, müssen zügig wieder ausreisen. Wir wollen dies

durch  
740 umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung begleiten. Jede  
Abschiebung ist mit  
741 großen menschlichen Härten verbunden. Abschiebungen, zum Beispiel über  
742 Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird,  
743 freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der  
744 Ausreise ist ein massiver Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht.  
745 Die Berücksichtigung des Trennungsgebots und die Gewährung von Rechtsbeistand ist  
daher  
746 sicherzustellen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer werden wir beenden, den  
747 Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan bundesweit wieder einsetzen. Wir treten  
dafür  
748 ein, dass es keine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden für Abschiebungen geben  
und die  
749 Abschiebepartnerschaft mit Afghanistan beendet wird. Die Ausweisung sicherer Gebiete  
darf  
750 keine Grundlage für Rückführungen in unsichere Länder begründen. In Länder, für die  
das  
751 Auswärtige Amt aufgrund von Covid-19 eine Reisewarnung ausgesprochen hat, darf  
nicht  
752 abgeschoben werden.

## 753 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und** 754 **Geschlechtergerechtigkeit in** 754 **den Fokus**

### 755 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

756 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und  
Gerechtigkeit.  
757 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben  
und  
758 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in  
die  
759 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer,  
die  
760 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht  
761 geteilt werden und Sexismus entschieden bekämpft wird. Geschlechtergerechtigkeit ist  
eine  
762 Querschnittsaufgabe, die wir intersektional denken. Mit einem Gender-Check wollen wir  
763 prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter  
764 voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die  
Vergabe  
765 öffentlicher Aufträge soll auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.  
Die  
766 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven,  
verlässlich  
767 finanzierten und unabhängigen Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den  
768 Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für

## Gleichberechtigung

- 769 entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht.  
 Hierfür  
 770 leisten die Sozialwissenschaften und die Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag.  
 Wir  
 771 brauchen eine verbindliche Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und  
 772 Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die Erkenntnisse in  
 umsetzbare  
 773 Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Menschen aller  
 774 Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

## 775 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

- 776 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine  
 777 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen  
 Nahbereich ist  
 778 ein strukturelles Problem, das sowohl in der medialen Darstellung als auch in der  
 779 Rechtsprechung oft verharmlost wird. Wir brauchen daher mehr Aufklärungsarbeit und  
 780 spezifische Gewaltpräventionsprogramme. Mit der Istanbul-Konvention haben wir ein  
 Instrument  
 781 an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen beschreibt. Dazu gehört auch eine  
 Erweiterung der  
 782 Kriminalstatistik, damit das Ausmaß von in Deutschland verübten Femiziden und  
 anderen  
 783 Straftaten, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert erfasst wird und diese  
 Taten  
 784 systematisch als Hasskriminalität eingestuft werden. Zur Verbesserung des Schutzes  
 vor  
 785 geschlechterspezifischer Gewalt muss das Gewaltschutzgesetz evaluiert und novelliert  
 werden.  
 786 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres  
 Ehemanns  
 787 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können.  
 Polizei  
 788 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend  
 geschult und  
 789 sensibilisiert sein. Verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum wollen wir nicht  
 790 hinnehmen und werden auch geeignete Ordnungsmaßnahmen dagegen prüfen. Opfer  
 von  
 791 Vergewaltigungen brauchen eine flächendeckende qualifizierte Notfallversorgung  
 792 einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Angebote für  
 psychosoziale  
 793 Prozessbegleitung sollen gestärkt werden. Wir werden Monitoringstelle einrichten und  
 die  
 794 getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen. Unser Ziel ist eine  
 795 Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können.

## 796 **Frauenhäuser absichern**

- 797 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des  
 Staates,  
 798 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei  
 eine

799 Schlüsselrolle zu. Deshalb müssen deutlich mehr Frauenhausplätze geschaffen werden,  
auch im  
800 ländlichen Raum. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder,  
braucht eine  
801 Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer  
802 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen  
803 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine  
804 Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen ab und  
verbessern den  
805 Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für alle Frauen. Länder und  
Kommunen  
806 müssen weiterhin ihrerseits ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die  
807 Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen Betroffene, die Sozialleistungen erhalten,  
nicht  
808 schlechtergestellt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie  
älter  
809 sind, mit aufgenommen werden können. Auch Männer, die Opfer von  
Partnerschaftsgewalt  
810 geworden sind, brauchen Unterstützung und Zufluchtsräume. Dieses Angebot wollen  
wir  
811 ausbauen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,  
insbesondere auch  
812 für queere, nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Wir fördern die  
813 Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen, damit auch für von  
Gewalt  
814 betroffene Frauen mit Behinderungen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

815 **Vor Zwang und Ausbeutung schützen, Selbstbestimmung ermöglichen**

816 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches  
Verbrechen, das wir  
817 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch präventiv durch ein gemeinsames  
europäisches  
818 Vorgehen, Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen  
werden. Dazu  
819 wollen wir auch einen nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel auflegen. Opfer  
von  
820 Menschenhandel einfach abzuschieben, ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige-  
und  
821 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung  
der  
822 Täter\*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind  
Menschenrechtsverletzungen. Alle  
823 Menschen, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch  
824 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine  
massive  
825 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen  
helfen  
826 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfekampagnen. Doch  
auch in  
827 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche

Organisationen, die  
828 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die Kontaktpersonen  
der  
829 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und  
sensibilisiert  
830 werden. Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz – auch  
vor  
831 Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das Prostituiertenschutzgesetz werden wir  
832 dementsprechend evaluieren und überarbeiten mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen in  
der  
833 legalen Prostitution zu verbessern. Damit sie ihrer Arbeit sicher nachgehen können,  
müssen  
834 auch die Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden. Freiwillige, niedrigschwellige  
835 und mehrsprachige Beratungsangebote werden wir ausbauen und finanziell  
unterstützen.  
836 Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, unterstützen wir durch  
individuelle  
837 Hilfen und Beratung bei der Umorientierung. Dies kann gelingen durch Weiterbildung,  
838 finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Vermittlung in Erwerbsarbeit außerhalb der  
839 Prostitution.

#### 840 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

841 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Eine  
gute  
842 Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender  
Informationen zum  
843 Schwangerschaftsabbruch ist dafür notwendig. Die Entscheidung, ob eine Frau eine  
844 Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs-  
845 und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir streiten für eine ausreichende und  
wohnortnahe  
846 Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche  
vornehmen. Das  
847 Thema muss in die Ausbildung von Ärzt\*innen nach international anerkannten  
Standards  
848 integriert werden. Neben der professionellen medizinischen Versorgung sind gute  
849 Beratungsangebote wichtig. Deshalb werden wir das breite Angebot an  
Familienplanungs- und  
850 Beratungsstellen absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die  
851 Versorgung dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und  
852 Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle  
Kostenübernahme. Das  
853 ist nur möglich, wenn der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im  
854 Strafgesetzbuch (§ 218 und § 219), sondern außerhalb geregelt wird. Schwangere, die  
eine  
855 Beratung aufsuchen, sowie die Beratungsstellen und Ärzt\*innen müssen mit einem  
856 bundeseinheitlich verankerten Schutz vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen  
geschützt  
857 werden. Bei einer ungewollten Schwangerschaft muss der bestmögliche Zugang zu  
Informationen  
858 gewährleistet werden. Um Ärzt\*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es  
insbesondere

859 den § 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. In einem ersten  
860 Schritt  
861 müssen die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung für  
862 Empfänger\*innen  
863 von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener\*innen unbürokratisch  
864 übernommen  
865 werden. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für  
866 alle  
867 gelten. Am einfachsten wäre es, diesen Zugang über die Krankenkassen zu regeln.

### 864 **Queerfeindlichkeit bekämpfen**

865 Lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\* und queere Menschen sollen  
866 selbstbestimmt und  
867 diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche  
868 Diskriminierungen  
869 sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal  
870 setzen und  
871 den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität  
872 durch die  
873 Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden  
874 gemeinsam mit  
875 den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden  
876 Aktionsplan  
877 „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen – mit  
878 dem Ziel, LSBTIQ\* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu  
879 garantieren, um  
880 die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ\*-  
881 inklusiven  
882 Gesellschaftspolitik sowie die institutionelle Förderung und Projektförderung der  
883 LSBTIQ\*-  
884 Verbände, -Organisationen und -Stiftungen. Das diskriminierende Blutspendeverbot für  
885 schwule und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Personen wollen wir  
886 aufheben.  
887 LSBTIQ\* sind besonders oft von sexualisierter Gewalt betroffen. Gegen LSBTIQ\*  
888 gerichtete  
889 Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Um queere Jugendliche  
890 insbesondere auch  
891 im ländlichen Raum zu schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten  
892 Aufklärungskampagne für junge Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen  
893 und  
894 geschlechtlicher Identitäten informieren und bezüglich Homo-, Bi-, Trans\*- und  
895 Queerfeindlichkeit sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür  
896 einsetzen, dass sich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr-  
897 und  
898 Bildungsplänen wiederfinden und diese konsequent umgesetzt werden. Queerfeindliche  
899 Straftaten sollen statistisch gesondert erfasst werden.

### 886 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

887 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte  
888 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung des Geschlechtseintrags

und des  
889 Namens auf Antrag der betroffenen Person werden wir ermöglichen, ohne dass dafür  
890 psychologische Zwangsgutachten notwendig sind. Das Offenbarungsverbot werden wir  
891 konkretisieren und vorsätzliche Verstöße dagegen sanktionieren. Wir schreiben fest,  
dass  
892 alle nicht notwendigen Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlichen  
Kindern  
893 verboten werden und Lücken in den entsprechenden Gesetzen geschlossen werden.  
Operationen,  
894 die als medizinisch notwendig durchgeführt wurden, sollen, unter Berücksichtigung  
eines  
895 strengen Datenschutzes, zentral erfasst werden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit  
für  
896 Betroffene und eine bessere Datengrundlage zu erreichen. Bei Gesundheitsleistungen  
sowie  
897 körperangleichenden Operationen und Hormontherapien muss das  
Selbstbestimmungsrecht  
898 gesichert sein. Den Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen  
wir  
899 gesetzlich verankern und dafür sorgen, dass die Kostenübernahme durch das  
Gesundheitssystem  
900 gewährleistet wird. Wir werden einen Entschädigungsfonds für die Opfer aus dem Kreis  
der  
901 trans\*- und inter\*geschlechtlichen Personen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt  
wurde  
902 oder deren Ehen zwangsgeschieden wurden, einrichten.

## 903 **Wir stärken Sicherheit und Bürger\*innenrechte**

### 904 **Sicherheit für alle und eine gut ausgestattete und bürger\*innennahe** 905 **Polizei**

906 Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land. Das liegt auch an der guten Arbeit der  
907 Polizei. Wir wollen, dass das so bleibt. Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten,  
Hassverbrechen  
908 oder organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen dennoch schwer. Für  
ihre  
909 Aufgaben wie Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung und den Schutz der  
Grundrechte  
910 wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, analog und digital. Den  
911 früheren Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen wir durch  
eine  
912 Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte  
913 Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen. Wir wollen, dass die Polizei die Diversität  
der  
914 Bevölkerung widerspiegelt. Die Polizist\*innen verdienen unsere Wertschätzung,  
genauso wie  
915 gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.  
Sichere und  
916 leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT und klar geregelten  
917 Kompetenzen, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit. Gutes  
polizeiliches

918 Handeln kann jedoch kein Ersatz für gesellschaftliche Problemlösung sein. Deswegen  
werden  
919 wir die Zusammenarbeit mit zivilen Trägern und externen Expert\*innen unterstützen  
und weiter  
920 ausbauen.

### 921 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

922 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss  
923 überall gleichermaßen garantiert sein. Freiheits- und Bürger\*innenrechte behandeln wir  
nicht  
924 als Streichposten der Innenpolitik, sondern als ihre zentralen Schutzgüter. Sicherheit  
darf  
925 keine Frage der sozialen Schicht, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität,  
  
926 des Aussehens oder des Wohnorts sein. Damit die Polizei ihren komplexen Aufgaben  
nachkommen  
927 kann, muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als  
ausführendes  
928 Organ des staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere  
Verantwortung. Dem  
929 entspricht die Einführung einer individuellen, aber anonymisierten Kennzeichnung für  
die  
930 Bundespolizei sowie der Stelle einer/eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten  
mit  
931 umfassenden Kompetenzen, an die/den sich im Falle von auftretenden Problemen oder  
erkannten  
932 Missständen sowohl Polizist\*innen wie auch Bürger\*innen wenden können. Straftaten  
im Amt und  
933 Todesfälle in Polizeigewahrsam müssen ohne Wenn und Aber aufgeklärt werden. Wir  
werden die  
934 Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu Racial  
935 Profiling führen, und die Einführung sogenannter Ticketsysteme erproben, um Gründe  
für  
936 polizeiliche Kontrollen für die Betroffenen transparent zu machen. Polizist\*innen sollten  
937 sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige  
938 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit Menschen mit psychischen  
939 Erkrankungen sowie Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling. Besondere  
940 Belastungen im Dienst sollen regelmäßig, beispielsweise im Rahmen von Supervision,  
941 nachbereitet werden. Eine bundesweite, externe Fachstelle zur Seelsorge und ethischer  
  
942 Bildung ist einzurichten. Das bereits bestehende ZeBuS (Zentrum für ethische Bildung  
und  
943 Seelsorge in der Polizei NRW) kann hierbei als Vorbild dienen. Längst überfällig sind  
944 unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und  
Rassismus in  
945 den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Wir wollen Polizeiforschung besser  
946 ermöglichen und die Polizei dafür stärker öffnen. Rationale Sicherheitspolitik setzt eine  
947 solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus. Deshalb werden wir unter anderem  
den  
948 Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft sich in der  
949 Vergangenheit bewährt hat.



---

950 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität**  
951 **verfolgen**

952 Zahlreiche Straftaten finden grenzüberschreitend statt, insbesondere die organisierte  
953 Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen nicht an  
954 Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger\*innen und zur Verteidigung unserer  
Freiheit  
955 brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und  
Justiz: durch  
956 gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem  
Europäischen  
957 Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten,  
auch mit  
958 Hilfe von Eurojust und bei der Bekämpfung von Betrug zu Lasten der EU-Finzen mit  
dem EU-  
959 Betrugsbekämpfungsamt OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft unter Nutzung  
modernster  
960 Analysemethoden. Wegen der zunehmenden Vernetzung von europäischen  
Datenbanken sind hohe  
961 Datenschutzstandards und eine Verbesserung des grenzüberschreitenden  
Rechtsschutzes  
962 unabdingbar. Diese Zusammenarbeit braucht eine unabhängige Justiz und faire  
Strafverfahren  
963 in allen EU-Mitgliedstaaten.

964 **Verfassungsschutz neu ordnen**

965 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, vor allem im  
966 Hinblick auf den NSU-Komplex. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen  
personellen  
967 Neuanfang, zu beobachten, dennoch muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem  
die  
968 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Der in Wissenschaft und  
969 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Sachverstand über verfassungsfeindliche  
970 Bestrebungen muss systematischer genutzt werden. Diese Expertise soll einbezogen  
und durch  
971 ein Demokratiefördergesetz flächendeckend gestärkt und dauerhaft gefördert werden.  
Wir  
972 wollen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem  
unabhängigen,  
973 wissenschaftlich aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der  
Verfassung.  
974 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und  
Spionageabwehr, das  
975 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von  
polizeilichen  
976 Aufgaben arbeitet. Hier braucht es auch eine engere und effektivere parlamentarische  
977 Kontrolle. Um Vertrauen zurückzugewinnen, werden wir die Kontrolle der Arbeit der  
978 Nachrichtendienste stärken und den Einsatz von menschlichen Quellen gesetzlich  
regeln.

979 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

980 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist\*innen in Deutschland, die sich trotz des  
ausgrenzend  
981 völkischen Ansatzes auch transnational immer stärker vernetzen. Die Bekämpfung  
982 rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss  
Priorität  
983 für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein Bündel aus Prävention, Schutz-  
und  
984 Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte Präventionsstrategie wollen  
wir die  
985 Präventionsarbeit massiv ausbauen und dabei auch die antifeministische und  
nationalistisch-  
986 völkische Dimension des Rechtsextremismus in den Blick nehmen. Zu Letzterer gehört  
zum  
987 Beispiel die rechtsextreme und gewaltbereite „Ülkücü-Bewegung“, umgangssprachlich  
„Graue  
988 Wölfe“ genannt, die wir mit allen politisch und rechtlich zur Verfügung stehenden  
Mitteln  
989 zurückdrängen wollen. Zivilgesellschaftliche Gruppen leisten eine wichtige Arbeit zur  
990 Aufklärung und Zurückdrängung rechtsextremer Strukturen. Sie sollen strukturell und  
991 langfristig durch ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden  
unabhängige  
992 wissenschaftliche Studien zu  
993 Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden  
initiieren,  
994 Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Rechtsextreme müssen konsequenter  
und zügiger  
995 als bisher aus Sicherheitsbehörden entfernt werden. Hierfür wollen wir die rechtlichen  
996 Voraussetzungen schaffen. Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU sowie andere  
997 rassistische und rechtsextremistische Terrorakte in Deutschland – zum Beispiel die  
Morde in  
998 Hanau – sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir nach  
dem  
999 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein Archiv über rechten Terror ein, in dem auch  
die  
1000 Dokumente und Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum  
NSU  
1001 ausgewertet werden und die langfristig Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen und der  
1002 Zivilgesellschaft zugänglich sind. Unsere Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen  
von  
1003 rechtsterroristischen, extrem rechten und rassistischen Angriffen. Wir wollen daher auf  
1004 Bundesebene einen Fonds für Opfer und Betroffene, insbesondere rechtsextremer,  
rassistischer  
1005 oder islamistischer Gewalt, einrichten.

#### 1006 **Vor Terrorismus schützen**

1007 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere  
durch  
1008 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist\*innen und Islamist\*innen ist die  
öffentliche  
1009 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und

die  
1010 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch effektive  
1011 intersektional ausgerichtete Präventionsarbeit, bessere Vernetzung der  
Sicherheitsbehörden  
1012 und eine konsequente Überwachung von sogenannten Gefährder\*innen. Dazu braucht  
es eine  
1013 europäisch abgestimmte Definition des Gefährderbegriffs mit rechtlich überprüfbaren  
Ein- und  
1014 Ausstufungskriterien. Gefährder\*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist,  
dass  
1015 gegenüber Gefährder\*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende  
Verfahren  
1016 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und  
Kommunikation zwischen  
1017 den Sicherheitsbehörden, auch über Ländergrenzen, muss reformiert werden, wozu die  
Schaffung  
1018 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Jenseits der  
  
1019 Terrorabwehr lehnen wir Grundrechtseingriffe aufgrund einer Einstufung als  
sogenannte\*r  
1020 Gefährder\*in ab. Aussteigerprogramme für Menschen aus der rechtsextremistischen  
und  
1021 islamistischen Szene werden wir ebenso ausbauen wie Hilfs- und Beratungsangebote  
für Opfer  
1022 und deren Angehörige. Es braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes  
Präventions-  
1023 und Deradikalisierungsnetzwerk – analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich  
  
1024 bereits besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben.  
Prävention und  
1025 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren,  
werden  
1026 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt  
verfolgen.  
1027 **Mehr Sicherheit durch weniger Waffen**  
1028 In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen  
auch  
1029 durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen von  
  
1030 häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche  
Straftaten  
1031 werden nicht unbedingt durch die berechtigten Legalwaffenbesitzer\*innen begangen,  
sondern  
1032 auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, weil  
sie  
1033 über entsprechende Zugänge, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt, verfügen. Um  
ein valides  
1034 Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu erhalten, braucht es eine  
1035 verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine

Straftat

1036 mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu  
 1037 einer  
 1037 Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu  
 1038 besitzen  
 1038 oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen  
 1039 wir  
 1039 die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger\*innen, die ohne diese  
 1040 Waffen  
 1040 ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des  
 1041 Schießsports  
 1041 setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz\*innen für die Umstellung auf nichttödliche  
 1042 Schusswaffen ein.

1043

### 1044 **Bevölkerungsschutz krisenfest machen**

1045 Deutschland verfügt über ein herausragendes Netz von Akteur\*innen, die im  
 1046 Katastrophenfall  
 1046 handlungsfähig sind. Das Rückgrat hierfür bilden die überwiegend freiwilligen Mitglieder  
 1047 der  
 1047 Hilfsorganisationen, Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks. Die Klimakrise und  
 1048 die  
 1048 Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft setzen dieses System unter Druck.  
 1049 Gerade  
 1049 länderübergreifende Katastrophen, wie Pandemien, Hochwasserereignisse, Waldbrände  
 1050 oder  
 1050 flächendeckende Stromausfälle, haben ein enormes Schadenspotenzial und erfordern  
 1051 koordiniertes Handeln, wenn einzelne Länder an ihre Grenzen stoßen. Wir wollen, dass  
 1052 sich  
 1052 der Bund hier stärker engagiert und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und  
 1053 Katastrophenhilfe mehr Kompetenzen bekommt. Das freiwillige und  
 1054 Spontanhelfer\*innen-  
 1054 Engagement wollen wir weiter stärken und für digitale Bereiche, zum Beispiel über ein  
 1055 Cyber-  
 1055 Hilfswerk, fit machen. Außerdem setzen wir uns für eine Stärkung des gesundheitlichen  
 1056 Bevölkerungsschutzes ein, um die interdisziplinäre Bekämpfung von zukünftigen  
 1057 Pandemien  
 1057 sicherzustellen.

### 1058 **Schutz für Whistleblower\*innen**

1059 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-  
 1060 Nutzerdaten  
 1060 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die  
 1061 Hinweise aus  
 1061 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände in Unternehmen,  
 1062 Behörden  
 1062 und anderen Bereichen wie Doping im Sport bis hin zu kriminellen Aktivitäten in  
 1063 Unternehmen  
 1063 und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans Licht bringen. Diese  
 1064 „Whistleblower\*innen“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien aus  
 1065 dem Aus-  
 1065 und Inland, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt

1066 werden. Das werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-  
Whistleblower-  
1067 Richtlinie ambitioniert und umfassend auch für das gesamte nationale Recht umsetzt,  
1068 erreichen. Darin festgeschrieben sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein  
1069 Entschädigungsfonds, mit dem das persönliche Risiko minimiert wird. Die Furcht vor  
einem  
1070 ökonomischen und persönlichen Schaden als Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so  
abgebaut und  
1071 potenzielle Hinweisgeber\*innen sollen ermutigt werden. Wir wollen, dass  
Whistleblower\*innen  
1072 wie Edward Snowden, dem wir die Aufdeckung der weltweiten Ausspähung und  
Massenüberwachung  
1073 durch zahlreiche Nachrichtendienste zu verdanken haben, frei und sicher in einem  
1074 demokratischen Land leben können, und ihnen dies auch in Deutschland anbieten.

### 1075 **Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren**

1076 Ein funktionierender, demokratischer Rechtsstaat muss Sicherheit gewährleisten und  
die ihn  
1077 konstituierenden Freiheitsrechte wahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und  
1078 Kriminalpolitik, die Rechtsgüter vor realen Beeinträchtigungen schützt, konkrete  
Gefahren  
1079 anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt sowie eine verhältnismäßige Strafverfolgung  
1080 gewährleistet, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter  
Generalverdacht  
1081 zu stellen. Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand, zukünftig auf valider Empirie  
1082 beruhen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig unabhängig evaluiert werden.  
Wir  
1083 stellen dazu eine Überwachungsgesamtrechnung auf, die laufend fortgeführt wird. Den  
Einsatz  
1084 biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise  
Gesichtserkennung,  
1085 lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, die  
anlasslose  
1086 Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen  
oder das  
1087 Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.  
Zudem soll  
1088 eine Verpflichtung eingeführt werden, Sicherheitslücken zu melden und aktiv auf ihre  
1089 Behebung hinzuwirken. Unternehmen dürfen nicht dazu verpflichtet werden, die IT-  
Sicherheit  
1090 und Netzintegrität auf Kosten der Allgemeinheit zu gefährden. Wir streiten für eine  
1091 technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren  
1092 Rechtsgrundlagen. Damit stärken wir auch die Rechtssicherheit für die Arbeit der  
Behörden  
1093 und schaffen Vertrauen. Die digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden wollen wir  
1094 stärken, damit bestehende Möglichkeiten zur Verbrechensverhütung und -aufklärung  
1095 effektiv angewendet werden.

---

## 1096 **Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den Verbraucherschutz**

### 1097 **Konsequent gegen Korruption**

1098 Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind  
1099 Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien  
Markt, für  
1100 Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen  
Großteil der  
1101 polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir  
1102 Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits  
1103 verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen  
1104 Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass  
1105 Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht  
geahndet  
1106 werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden  
können.  
1107 Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir verstärken.  
1108 Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend  
sein, zum  
1109 Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf und  
die  
1110 nötigen Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Den Sanktionskatalog wollen wir um  
weitere  
1111 Maßnahmen, wie den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge, die  
1112 Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für Unternehmen zur  
Verhinderung  
1113 von Straftaten, erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister einführen.

### 1114 **Rechtsschutz für jede\*n, Gruppenklagen einführen**

1115 Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam  
durchsetzen  
1116 können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die  
Gruppenklage  
1117 ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden  
effektiv zu  
1118 ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher  
eingeführten  
1119 kollektiven Klageverfahren, wie die Musterfeststellungsklage, die nur  
Verbraucher\*innen  
1120 zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, sind unzureichend. Die immer  
1121 beliebtere und oft wirkungsvolle Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen  
kann  
1122 andererseits vielen Menschen schnell und unkompliziert zu ihrem Recht verhelfen. Den  
1123 kollektiven Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die  
1124 Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen  
einer  
1125 Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die  
1126 Zugangsschranken gesenkt, die Verfahren vereinfacht sowie die Beratungs- und

1127 Prozesskostenhilfe gestärkt werden. Die Verbandsklage-Richtlinie der EU setzen wir  
 1128 verbraucherfreundlich und zügig in nationales Recht um. Die Auswirkungen  
 unterschiedlicher  
 1129 Finanzkraft der Parteien, Möglichkeiten der Prozessverzögerung und der Einfluss von  
 1130 tatsächlich betroffenen Dritten (zum Beispiel Versicherungen) auf Gerichtsverfahren  
 müssen  
 1131 minimiert werden.

### 1132 **Strafrechtliche Sanktionen mit Vernunft und Augenmaß**

1133 Wir überprüfen die Wirkungen der Straf- und Strafverfahrensrechts-Änderungen der  
 letzten  
 1134 Jahre anhand des Maßstabs rationaler, faktenbasierter Kriminalpolitik und reformieren  
 das  
 1135 Sanktionensystem mit dem  
 1136 Ziel von Prävention und Resozialisierung. Dazu gehören Verzicht auf nutzlose  
 1137 Ersatzfreiheitsstrafen, größere Wirksamkeit von Bewährungsauflagen und Stärkung von  
 1138 ambulanten Sanktionsmöglichkeiten.

### 1139 **Kinderschutz vor Gericht verbessern**

1140 In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche  
 1141 Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihren Familien haben können.  
 Häusliche  
 1142 Gewalt muss in Entscheidungen über Besuchs- und Sorgerecht berücksichtigt werden.  
 Es gilt  
 1143 den Kinderschutz vor Gericht zu stärken und die Meinung von Kindern zu  
 berücksichtigen.  
 1144 Anhörungen müssen kindgerecht ausgestaltet sein und mehrfache Befragungen nach  
 Möglichkeit  
 1145 vermieden werden. Im familiengerichtlichen Verfahren braucht es entsprechende  
 1146 interdisziplinäre Angebote, wie zum Beispiel Childhood-Häuser. Wir machen einerseits  
 die  
 1147 Fortbildungen für Familienrichter\*innen verbindlich und werden diese andererseits beim  
 1148 Arbeitspensum der Richter\*innen berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen  
 wir die  
 1149 Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren  
 wollen wir  
 1150 die Opferrechte von Kindern weiter stärken. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss  
 1151 konsequent aufgeklärt und verfolgt werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch  
 auf  
 1152 Internetkriminalität spezialisiertes – Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

### 1153 **Vor Kostenfallen schützen, Online-Kündigung mit nur einem Klick**

1154 Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, die Kündigung bedarf aber der  
 1155 Textform. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische Vertragsverlängerungen um  
 ein Jahr  
 1156 sind alles andere als verbraucherfreundlich. Immer noch werden Verbraucher\*innen an  
 Telefon  
 1157 oder Haustür überrumpelt und ihnen ungewollte Verträge untergeschoben. Wir wollen  
 1158 Verbraucher\*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-  
 Kündigung so

1159 einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch  
1160 einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für  
Online-/E-  
1161 Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen  
verkürzt werden  
1162 – zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale  
1163 Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende  
1164 Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen. Telefonisch  
abgeschlossene  
1165 Verträge sollen erst gelten, wenn sie nachträglich bestätigt werden. Auch vor  
unseriösen  
1166 Haustürgeschäften wollen wir Verbraucher\*innen besser schützen.

### 1167 **Ein Recht auf Reparatur**

1168 Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit  
auf dem  
1169 Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Softwareupdates  
mehr  
1170 angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher\*innen, es verschwendet wertvolle  
Ressourcen und  
1171 verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und  
Langlebigkeit.  
1172 Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die  
1173 Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so  
gestaltet  
1174 sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Dabei darf es  
nicht  
1175 nur um die Hardware eines Geräts gehen. Mindestens für die erwartbare Lebensdauer  
müssen  
1176 Ersatzteile und Softwareupdates kostengünstig erhältlich sein. Ein Label soll erkennbar  
und  
1177 vergleichbar machen, wie lange Ersatzteile und Softwareupdates zur Verfügung gestellt  
werden. Durch die Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre, die  
Erweiterung der  
1179 Beweislastumkehr auf zwei Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen  
Lebensdauer  
1180 wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden. So  
werden wir  
1181 die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr  
1182 Verbraucherschutz in der EU engagieren. Außerdem werden wir den reduzierten  
1183 Mehrwertsteuersatz für Reparaturdienstleistungen einführen und uns auf EU-Ebene für  
die  
1184 Ausweitung auf die Reparatur von Elektrogeräten einsetzen.

### 1185 **Finanzberatung im Interesse der Kund\*innen**

1186 Häufig werden Kund\*innen Finanz- und Versicherungsprodukte vermittelt, die am  
persönlichen  
1187 Bedarf vorbeigehen. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und  
1188 Versicherungen, aber schlecht für die Kund\*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom  
Kopf auf



1189 die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für  
1190 Finanzberater\*innen. Alle Vermittler\*innen und Berater\*innen sollen künftig von der  
BaFin  
1191 beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu  
einer  
1192 unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür  
1193 schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung, die Finanzberater\*innen stärkt und  
1194 unabhängiger macht. Zusammen mit den Verbraucherzentralen und der Branche  
entwickeln wir  
1195 Honorarmodelle (Ratenzahlungen, Flatrates), die zu Lebenssituation und Präferenzen  
der  
1196 Menschen passen, und senken mit Standardprodukten in der Altersvorsorge die Kosten  
1197 insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Finanzaufsicht  
soll von  
1198 der Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen irreführenden Finanzprodukten zu  
untersagen,  
1199 häufiger Gebrauch machen und für mehr Finanzbildung sorgen. Zusätzlich wollen wir  
die  
1200 Kompetenzen der BaFin im Verbraucherschutz stärken und die Beteiligungsrechte des  
1201 Verbraucherbeirats ausweiten. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren, insbesondere für  
das  
1202 Basiskonto, werden wir begrenzen.

## 1203 **Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport**

### 1204 **Krisenfeste Strukturen für die Kultur**

1205 Die Künste sind frei und müssen keinen Zweck erfüllen. Sie sind gleichzeitig von  
zentraler  
1206 Bedeutung für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die  
1207 Persönlichkeitsbildung der/des Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der  
1208 Pandemie mit ihren monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und  
1209 Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil  
1210 der Daseinsvorsorge werden. Deswegen wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz  
1211 verankern. Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunalfinanzen als  
eine  
1212 wichtige Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren,  
mehr  
1213 Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von  
1214 Kultureinrichtungen und -projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von  
1215 Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss einrichten, der Kulturorte wie  
beispielsweise  
1216 Clubs langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ,  
1217 inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien  
angelegt  
1218 sein. Ebenso braucht es eine gleiche Wertschätzung bei der Finanzierung und den  
1219 Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und -sparten, für die freie Szene und  
institutionell  
1220 geförderte Kultureinrichtungen.

**1221 Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

1222 Die Corona-Krise zeigt, unter welchen prekären Bedingungen viele Kultur- und  
 1223 Medienschaffende  
 1224 arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die  
 1225 Freiräume  
 1226 bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Wir setzen uns für gute  
 1227 Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und faire Bezahlung ein, damit an privaten und  
 1228 insbesondere öffentlichen Kulturinstitutionen prekäre Arbeitsverhältnisse überwunden  
 1229 werden.  
 1230 Solo-Selbständige und Kulturschaffende sollen für die Zeit der Corona-Krise mit einem  
 1231 Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Eine Absicherung braucht  
 1232 es aber  
 1233 auch darüber hinaus. Die Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt,  
 1234 Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft in der KSK, auch für Künstler\*innen, die nur  
 1235 zeitweise für Produktionen versicherungspflichtig angestellt sind, geschaffen und die  
 1236 freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der Arbeitslosenversicherung  
 1237 vereinfacht  
 1238 werden. Es muss sichergestellt werden, dass Urheber\*innen für ihre Werke eine  
 1239 angemessene  
 1240 Vergütung erhalten. Eine angemessene Beteiligung, insbesondere an den Gewinnen der  
 1241 Vertriebsplattformen, sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende weiter an ihren  
 1242 Werken  
 1243 verdienen können. Nutzer\*innen sollen bei digitalen Inhalten bei der Ausleihe und  
 1244 Weiterveräußerung nicht schlechtergestellt werden als bei analogen Gütern. Aus  
 1245 diesem Grund  
 1246 sollen Bibliotheken unter denselben Bedingungen E-Books verleihen dürfen, die sich für  
 1247 physische Bücher bewährt haben, ohne dafür Lizenzverträge abschließen zu müssen.

**1240 Kultur in der Gesellschaft**

1241 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die  
 1242 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft  
 1243 in  
 1244 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen  
 1245 öffnen  
 1246 und stärken, damit jede\*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen  
 1247 und  
 1248 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür  
 1249 abgebaut  
 1250 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler\*innen in staatlichen Museen,  
 1251 durch  
 1252 die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken oder durch einen Kulturpass für  
 1253 Menschen  
 1254 mit geringem Einkommen. Wir wollen gerade solche Kulturangebote kontinuierlich und  
 1255 flächendeckend fördern, die die Situation und die Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer  
 1256 Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale Zukunftsaufgabe verstehen. In  
 1257 ländlichen  
 1258 Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen Kultureinrichtungen Knotenpunkte von  
 1259 Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden, die auch Menschen einen  
 1260 Zugang zu  
 1261 Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren. Bei der Besetzung von

Intendanzen,  
 1254 bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe  
 von  
 1255 Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine  
 Quotenregelung  
 1256 einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten, sowie flache Hierarchien  
 und  
 1257 partizipative Strukturen fördern. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der  
 vielfältigen  
 1258 Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive  
 Teilhabe  
 1259 müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein. Auch kulturelle Vielfalt  
 1260 sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir  
 1261 fördern.

### 1262 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

1263 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der  
 1264 Klimakrise spielen. Es gibt viele Initiativen und Akteur\*innen, die mit großem Einsatz  
 1265 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch  
 auszurichten.  
 1266 Dieses Engagement werden wir durch eine zentrale Beratungsstelle, den Green Culture  
 Desk,  
 1267 unterstützen und einen Green-Culture-Fonds als Förderinstrument einrichten.  
 Künstler\*innen  
 1268 geben außerdem wichtige Impulse für die nachhaltige Transformation. Wir wollen im  
 Sinne  
 1269 eines Fonds für Ästhetik und Nachhaltigkeit ein Instrument zur ressortübergreifenden,  
 1270 transdisziplinären Förderung schaffen, das den Aufbau von langfristigen Strukturen  
 1271 ermöglicht sowie freie Experimentier- und Handlungsräume schafft. Damit sind auch  
 hybride  
 1272 Modelle der Kooperation zwischen Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen und  
 Akteur\*innen der  
 1273 Zivilgesellschaft gemeint.

### 1274 **Film- und Kinokultur stärken und ins digitale Zeitalter führen**

1275 Den Film als prägendes Medium des Bewegtbildes und Kinos als öffentliche Kulturorte  
 wollen  
 1276 wir angesichts des schnellen Wandels der Produktions- und Vertriebsformen stärken.  
 Um die  
 1277 künstlerische Qualität und Anziehungskraft des deutschen und europäischen Films zu  
 steigern,  
 1278 vereinfachen wir Entscheidungsprozesse: Wir entflechten die Struktur aus  
 Fernsehsendern und  
 1279 einer Vielzahl an Gremien zugunsten kriterienbasierter, automatischer Förderungen und  
 1280 richten unser Augenmerk verstärkt auf die Förderung von Stoffen und Drehbüchern  
 sowie des  
 1281 Nachwuchses. Verbindliche Quoten sorgen dafür, dass Frauen im Film gleiche Chancen  
 haben.  
 1282 Soziale Mindeststandards und faire Verwertungswege verbessern die ökonomische Lage  
 der

1283 Filmschaffenden. Ökologische Produktion wird mit finanziellen Anreizen belohnt. Kinos  
und  
1284 Festivals unterstützen wir durch verlässliche Förderinstrumente.

1285 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

1286 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum Zusammenhalt  
bei und

1287 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch  
immer gibt

1288 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechengeschichte. Der

1289 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet werden. Bisher wenig  
beachtete

1290 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-  
Opfer

1291 wollen wir würdigen und durch eine angemessene Entschädigung anerkennen. Ihre

1292 Lebensgeschichten sowie die Tatorte der Morde sollen erforscht und gekennzeichnet  
werden.

1293 Die finanzielle Förderung der Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der  
pädagogischen

1294 und wissenschaftlichen Arbeit der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und  
Rückgabe

1295 von NS-Raubkunst stehen im Mittelpunkt. Dazu gehört auch, den weiteren  
Verpflichtungen

1296 gegenüber Ländern, die unter der deutschen Besatzung gelitten haben,  
nachzukommen. Auch die

1297 SED-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der politischen  
Bildungsarbeit an

1298 den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiter aufgearbeitet

1299 werden. Erinnerungsorte an die friedliche Revolution von 1989, die deutsche

1300 Wiedervereinigung und die folgenden tiefgreifenden Transformationsprozesse in  
Ostdeutschland

1301 werden wir in Bundesträgerschaft fördern. Auch die regionalen Aufarbeitungsinitiativen

1302 wollen wir stärker in ihrer Arbeit unterstützen und setzen uns für unbürokratische und

1303 höhere Entschädigungsleistungen für die Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur ein. Wir

1304 wollen außerdem rechtliche Regelungen für die Rückgabe von Raubkunst der NS- und  
der DDR-

1305 Zeit schaffen. Durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte werden wir die  
Kontinuitäten

1306 des Kolonialismus ins Bewusstsein rücken und so eine gesellschaftliche Debatte über  
unser

1307 koloniales Erbe fördern, die eine antirassistische Perspektive auf Geschichte und

1308 Gesellschaft ermöglicht. Dazu sind die kritische Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen  
und

1309 die Dekolonisierung öffentlicher Räume zentral und es bedarf einer umfänglichen

1310 Provenienzforschung, Digitalisierung und transparenten Veröffentlichung sowie  
verbindlicher

1311 Regelungen zur Restitution von Kulturerbe aus kolonialen Kontexten. Das gelingt nur in  
enger

1312 Zusammenarbeit mit den Nachkommen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der

ehemals

1313 Kolonisierten und Geschädigten weltweit. Gleichzeitig muss sich die deutsche  
1314 Erinnerungskultur für die vielfältigen Erfahrungen und Geschichten der Menschen  
öffnen, die  
1315 nach Deutschland eingewandert sind oder deren Geschichte mit der deutschen  
verwoben ist, und  
1316 das Gedenkstättenkonzept muss entsprechend weiterentwickelt werden. Wir werden  
uns auch für  
1317 eine aktive Erinnerungskultur in allen öffentlichen Institutionen einsetzen.

### 1318 **Ein Entwicklungsplan für den Sport**

1319 Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen  
1320 Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz,  
Integration,  
1321 Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit  
übernimmt der  
1322 Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden  
wir  
1323 fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich  
die  
1324 Teilhabe von Frauen im Sport und die Diversität von Sportler\*innen und Athlet\*innen  
auch in  
1325 der Besetzung von Entscheidungsgremien niederschlägt. Wir wollen Ideen und Energien  
bündeln  
1326 und zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und  
unter  
1327 Beteiligung der Bürger\*innen einen Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen –  
ähnlich  
1328 dem Goldenen Plan aus den 1960ern. Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf  
1329 strukturschwachen Regionen, gerade in Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz  
zwischen  
1330 Ost und West ist beim Breitensport auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein  
1331 Problem. Ausreichend vorhandene und barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume  
zählen in  
1332 Städten und ländlichen Räumen zur Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass  
Bewegungs- und  
1333 Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die  
1334 bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die  
Kommunen  
1335 saniert werden können. Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn  
unser  
1336 Anspruch ist, dass jedes Kind schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem  
Bundesprogramm  
1337 zur Sanierung und Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen.  
Sportgroßveranstaltungen  
1338 sollen klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform ermöglicht, ihre  
Kosten  
1339 transparent dargestellt werden, sodass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn  
für die  
1340 Bürger\*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit einheitliche und  
föderal

1341 abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an Bürger\*innenbeteiligung Teil der  
Planung  
1342 ist. Das Prinzip Prävention ist die beste Vorsorge, daher wollen wir für alle zugängliche  
1343 öffentliche Bewegungsräume unterstützen, die es auch Menschen mit einem geringen  
Einkommen  
1344 ermöglichen, Sport zu betreiben. E-Sport ist längst kein Nischenthema mehr und  
begeistert  
1345 immer mehr Menschen. Wir wollen neue Wege in Sport- und Jugendvereinen  
ermöglichen – mit der  
1346 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für E-Sport stärken wir ehrenamtliches  
Engagement.  
1347 Potenziale für Nachwuchsgewinnung in IT- und Kreativwirtschaft wollen wir aktivieren.  
Die  
1348 Entwicklungen von E-Sport und Gaming werden wir insbesondere im Hinblick auf  
Diversität,  
1349 Nachhaltigkeit, Jugendschutz sowie Medienkompetenz fördern und zusammen mit  
Gamer\*innen,  
1350 Verbänden und Wissenschaft gestalten; gemeinsam mit allen Akteur\*innen stellen wir  
uns gegen  
1351 Diskriminierung und Hatespeech.

### 1352 **Spitzensport braucht Breitensport**

1353 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Leistungssport muss es um die  
bestmögliche  
1354 Förderung von Talenten gehen und nicht allein um die Fixierung auf eine bestimmte  
1355 Medaillenzahl. Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die  
Bedingungen und  
1356 Perspektiven für Leistungssportler\*innen insbesondere für den Nachwuchs in den  
Mittelpunkt  
1357 stellen. Die bisherigen staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für  
Leistungssportler\*innen  
1358 werden durch zivile Alternativen ergänzt. Die wichtige soziale und pädagogische Arbeit  
von  
1359 Trainer\*innen im Ehrenamt und Hauptberuf wollen wir aufwerten. Bei der Doping-  
Prävention und  
1360 im Anti-Doping-Kampf stärken wir die NADA und fordern auf internationaler Ebene  
1361 weitreichende Reformen der WADA, die ihre Aufgaben vollständig unabhängig  
ausführen und  
1362 Athlet\*innen echte Mitbestimmung ermöglichen muss. Die Dopingvergangenheit gilt es  
lückenlos  
1363 aufzuklären, Dopingopfer unterstützen wir angemessen. Auch Korruptionsskandale auf  
höchster  
1364 Ebene der Sportfunktionär\*innen sowie die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen  
den  
1365 Spitzensport. Gerade beim Fußball als Publikumssport gilt es die  
Partizipationsmöglichkeiten  
1366 von Fans zu erhöhen und ihn wieder stärker gesellschaftlich zu verankern. Deswegen  
sollen  
1367 Transparenz und Good Governance auch im Sport vorangetrieben werden. Die  
Einhaltung von  
1368 Menschenrechten muss von Sportverbänden auf Grundlage der UN-Leitprinzipien für

## Wirtschaft

1369 und Menschenrechte umgesetzt und bei der Vergabe von Sportgroßereignissen zur  
 1370 Voraussetzung  
 1370 gemacht werden. Wir setzen uns für eine nationale Strategie gegen psychische,  
 physische und  
 1371 sexualisierte Gewalt im Sport ein, bei der der Aufbau eines unabhängigen Zentrums für  
 Safe  
 1372 Sport ein integraler Bestandteil ist. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen  
 1373 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem langfristigen  
 finanziell  
 1374 starken Bundesprogramm vor, das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Für die  
 1375 sozialpädagogischen Fußballfanprojekte und deren Koordinationsstelle sichern wir  
 1376 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir schützen die  
 1377 Bürger\*innenrechte von Fans und diese vor ausufernden Datensammlungen und  
 Kollektivstrafen.  
 1378 Noch immer vorhandene sexistische Strukturen müssen aufgebrochen und Sportstätten  
 1379 gendersensibel geplant werden.

## 1380 **Wir bauen Europa weiter**

### 1381 **Die Zukunft der EU demokratisch gestalten**

1382 Wir sehen Deutschland in einer zentralen und historischen Verantwortung für den  
 Zusammenhalt  
 1383 und die Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls  
 verwaltet,  
 1384 oftmals gebremst. Wir wollen die Europapolitik aktiv und koordiniert gestalten – mit  
 klarem  
 1385 Wertekompass, entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im  
 1386 Zusammenspiel mit unseren europäischen Partner\*innen. Unser Ziel ist eine  
 demokratisch  
 1387 gestärkte EU, die zusammenhält, voranschreitet und ihr ganzes Gewicht gegen die  
 Klimakrise  
 1388 und das Artensterben in die Waagschale wirft. Wir stehen ein für ein vereintes Europa  
 ohne  
 1389 Schlagbäume, denn die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften des  
 europäischen  
 1390 Projekts. In manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen  
 Geschwindigkeiten  
 1391 voran. Die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Verträge bietet dafür gute  
 Möglichkeiten und  
 1392 muss stets im Bestreben, dass sich letztlich alle anschließen können, und mit vollen  
 1393 Parlamentsrechten erfolgen. Die Weiterentwicklung europäischer Institutionen steht für  
 uns  
 1394 in engem Zusammenhang mit dem Ausbau des sozialen Zusammenhalts in der EU. In  
 den kommenden  
 1395 Monaten bietet die „Konferenz über die Zukunft Europas“ eine große Chance, die  
 europäische  
 1396 Öffentlichkeit zu stärken und gemeinschaftlich mit den Bürger\*innen Reformen der EU  
 zu  
 1397 entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration

auf dem  
1398 Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die  
großen  
1399 Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der  
1400 europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

### 1401 **Europäisches Parlament stärken**

1402 Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen  
1403 Institutionen. Unser Ziel ist, die parlamentarische Demokratie der Europäischen Union  
zu  
1404 stärken: mit einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat  
1405 entscheidet, ein vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes  
1406 Haushaltsrecht erhält. Es soll die Kommission auf Vorschlag der Kommissions-  
Präsident\*in  
1407 wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die  
Wahlen zum  
1408 Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger\*innen mit ihrer  
Stimme für  
1409 einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den  
nächste\*n  
1410 Präsident\*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig  
nicht  
1411 mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über EU-  
weite,  
1412 transnationale Listen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unionsbürger\*innenschaft zu  
einer  
1413 europäischen Staatsbürger\*innenschaft fortentwickelt wird, sodass Unionsbürger\*innen  
in den  
1414 Mitgliedstaaten, in denen sie leben, dieselben Rechte und Pflichten genießen. Wir  
wollen,  
1415 dass alle EU-Bürger\*innen, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland  
haben,  
1416 nicht nur bei Kommunal- und Europawahlen, sondern perspektivisch auch bei Landtags-  
und  
1417 Bundestagswahlen wählen dürfen.

### 1418 **Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

1419 Die Europäische Union braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den  
heutigen  
1420 Herausforderungen voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen  
wie der  
1421 Außen- und Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem  
können  
1422 wir uns nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische  
Gemeinwohl  
1423 ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle, etwa für mehr  
Steurgerechtigkeit oder  
1424 mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt, übernehmen  
können. Darum  
1425 setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im  
1426 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung



des

1427 Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren  
1428 Erweiterungsrounden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser Ziel ist es, die  
1429 europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln

### 1430 **Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

1431 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der  
Zivilgesellschaften. Deshalb  
1432 setzen wir uns für ein EU-weites Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein  
europäischer  
1433 Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung würde  
Vereine  
1434 dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen. Zudem wollen wir die  
1435 Europäische Bürger\*inneninitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der  
Bürger\*innen  
1436 und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger\*innen die Einberufung von  
Europäischen  
1437 Zukunftskonferenzen oder Bürger\*innenräten fordern können, von denen auch eine  
Reform der  
1438 Verträge angeregt werden kann. Ist eine Bürger\*inneninitiative erfolgreich, sollte  
1439 spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf Vereinbarkeit mit den EU-  
Grundrechten ein  
1440 Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament eine Plenumsabstimmung über das  
Ziel der  
1441 Initiative stattfinden.

### 1442 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

1443 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der  
Bürger\*innen in  
1444 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in  
Brüssel  
1445 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen  
eine  
1446 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen  
ihre  
1447 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. In einer deutschen  
1448 Bundesregierung gehen wir hierbei mit gutem Beispiel voran. Auch den Zugang zu EU-  
Dokumenten  
1449 wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei Interessensvertreter\*innen  
bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere Schritte gehen – mit einem  
1451 verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren Karenzzeiten beim  
Wechsel  
1452 zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen Fußabdruck“, durch den die  
1453 Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert durch eine  
unabhängige  
1454 Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

### 1455 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

1456 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-  
Grundrechtecharta

1457 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-  
1458 Bürger\*innen in  
1459 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
1460 und  
1461 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer  
1462 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen  
1463 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung  
1464 von  
1465 Subventionen folgen. Der neu geschaffene Rechtsstaatsmechanismus muss sofort zum  
1466 Einsatz  
1467 kommen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann  
1468 direkt von der  
1469 EU gefördert werden können. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit  
1470 braucht es  
1471 substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen  
1472 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen und  
1473 öffentlich  
1474 Rechenschaft über die Empfänger\*innen von Subventionen ablegen. Jede\*r siebte  
1475 Europäer\*in  
1476 ist Teil einer nationalen oder Sprachminderheit. Wir unterstützen die Minority SafePack  
1477 Initiative und wollen Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und  
1478 Identität  
1479 sowie Namensführung in der EU stärken.

#### 1471 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

1472 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche digitale Orte, an denen  
1473 seine  
1474 Bürger\*innen zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich  
1475 zu  
1476 unterhalten und politisch zu diskutieren. Dafür kommen bislang nur kommerziell  
1477 betriebene,  
1478 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine  
1479 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Trägerschaft ein. Sie bündelt europaweit  
1480 qualitativ hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und mehrsprachig. Basierend auf  
1481 technischer Offenheit, Interoperabilität und besten Datenschutzstandards kann sie  
1482 darüber  
1483 hinaus gerade auch für die Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen als  
1484 Kommunikationsplattform dienen, um Inhalte bereitzustellen und in  
1485 Informationskampagnen die  
1486 EU den Bürger\*innen näherzubringen. Die Grundlage bildet ein öffentlich-rechtlicher  
1487 Auftrag.  
1488 Sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen Rundfunkanstalten, um deren  
1489 Inhalte  
1490 europaweit zugänglich zu machen, und agiert frei von jedweder politischer  
1491 Einflussnahme.

#### 1484 **Europa der Kommunen und Regionen**

1485 Eine demokratische, vielfältige und bürger\*innennahe EU lebt von der Stärke der  
1486 Kommunen und  
1487 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll die EU da unterstützen, wo Kommunen  
1488 an ihre

1487 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln  
des  
1488 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In  
EU-  
1489 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie  
für öffentliche  
1490 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir  
1491 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende  
Zusammenarbeit  
1492 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr  
Flexibilität  
1493 fördern. Die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich wollen wir stärken und  
in diesem  
1494 Sinne das Konzept der European Universities weiterentwickeln. Kommunen und  
Regionen brauchen  
1495 mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter anderem über einen gestärkten  
Ausschuss der  
1496 Regionen. Zur Umsetzung des Green Deal und bei der Gestaltung und Vergabe von  
1497 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip und unterstützen lokale  
kleine und  
1498 mittelständische Unternehmen dabei, ihren Beitrag zu leisten. Bürokratie wollen wir  
durch  
1499 verstärkte Digitalisierung abbauen. EU-Haushaltsmittel sollen künftig auch verstärkt  
1500 kommunalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen direkt bereitgestellt  
werden.